



Bildungsfreistellung für fünf Tage im Jahr

Vom Thüringer Landtag beschlossenes Gesetz stärkt die Rechte der Beschäftigten

Mit dem am 8. Juli vom Thüringer Landtag beschlossenen Bildungsfreistellungsgesetz schafft die rot-rot-grüne Koalition einen Anspruch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf berufliche Freistellung von bis zu fünf Tagen pro Jahr für die Weiterbildung.

„Das neue Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz stärkt die Rechte der Beschäftigten, mit dem Gesetz setzt die rot-rot-grüne Koalition einen wesentlichen Punkt ihrer bildungspolitischen Ziele um. Der vorhergehenden Regierung war dies trotz mehrfacher Anläufe nicht gelungen“, erklärte Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE und Landespartei-vorsitzende.

Das Gesetz schaffe bildungspolitische Normalität und führe Thüringen aus einem Rückstand heraus. „Die pauschale Kritik der CDU führt völlig ins Leere, denn das Gesetz berücksichtigt auch sehr weitgehend die Belange der Thüringer Unternehmen, vor allem der kleineren, insbesondere durch einen weitreichenden Überlastungsschutz. Dass die Thüringer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die im Gesetz enthaltenen Möglichkeiten auch wahrnehmen können, macht für Rot-Rot-Grün ein Stück neue Qualität im Bildungsland Thüringen aus, über das andere nur geredet haben.“ Die LINKE-Politikerin dankte allen, „die dieses wichtige Gesetz gemeinsam auf den Weg gebracht haben“.

In der Landtagsdebatte hatte für die Linksfraktion zunächst Christian Schaft gesprochen und darauf verwiesen, dass mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. Januar 2016 nur noch die Länder Sachsen und Bayern kein ähnliches Gesetz vorzuweisen haben. „Auch das zeigt, dass dieses Gesetz längst überfällig war, um ein klares Zeichen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Freistaat zu senden“.

Das Gesetz sichert einen Mindestanspruch

Der Abgeordnete weiter: „Und dieser Vorstoß der rot-rot-grünen Landesregierung kommt auch entgegen der Meinung der Opposition gut in der Thüringer Bevölkerung an. Das legen die Zahlen nahe, die heute auch im Rahmen der Insa-Umfrage veröffentlicht wurden. Demnach bewerteten die Befragten das Bildungsfreistellungsgesetz als überwiegend gut.“

Und, auch das sei an dieser Stelle hervorzuheben, die Befragten stimmen dem Gesetz umso mehr zu, desto jünger sie sind. Das ist ein eindeutiges Zeichen dafür, dass vor allem Auszubildende und junge Arbeitnehmer dieses Gesetz begrüßen. Und das ist für uns auch ein Zeichen, dass wir damit ein wichtiges und gutes Projekt auf den Weg gebracht haben.“

Christian Schaft betonte in seiner Rede den Leitgedanken des Bildungsfreistellungsgesetzes, nämlich „bessere Möglichkeiten für das lebenslange Ler-

nen zu schaffen“. Den Arbeitnehmern soll die Möglichkeit eröffnet werden, „sich nicht nur in ihrem Beruf fachlich weiterzubilden, sondern eben auch, sich gesellschaftspolitisch zu informieren sowie Kenntnisse zur Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit zu erwerben. Die Beschäftigten, die einen Wunsch auf Weiterbildung haben, können dank dieses Gesetzes unter Fortzahlung ihrer Bezüge vom Arbeitgeber freigestellt werden. Das Gesetz, und das ist an dieser Stelle noch einmal zu betonen, sichert einen Mindestanspruch!“

Und es „droht nicht der Untergang des Abendlandes“

„Gleichzeitig soll es die Tarifpartner ermutigen und ihnen aber auch die Möglichkeit geben, eigene Regelungen zu verabschieden, welche die Bildungsfreistellung entsprechend den Anforderungen der Branche weiter verbessert. Dabei haben auch nur tarifvertragliche Regelungen Vorrang vor dem Gesetz, die zugunsten des Arbeitnehmers ausfallen.“

In der Debatte hatte auch Torsten Wolf, Bildungspolitiker der Linksfraktion, das Wort ergriffen. Die CDU erwecke den Eindruck, als drohe mit diesem Gesetz „der Untergang des Abendlandes“, aber wie beim Mindestlohn „werden wir sehen, dass auch die Wirtschaftsvertreter ihren Frieden damit machen können“.

KOMMENTIERT:

von Ina Leukefeld

Mindestlohngipfel

Der Dialog in Thüringen nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes - kürzlich erst wieder auf dem inzwischen schon zweiten Mindestlohngipfel des Thüringer Arbeitsministerium geführt - bestätigt, dass der Mindestlohn wirkt.

Weder gibt es die heraufbeschworene Vernichtung von Arbeitsplätzen, noch hat die Arbeitslosigkeit in Thüringen zugenommen. Der Aufschrei der Wirtschaft verhallt mehr und mehr durch mehr Aufklärung und Information. Auch Kontrollen sind selbstverständlich nötig, wenn das Mindestlohngesetz kein zahnloser Papiertiger bleiben soll.

Der Mindestlohn von 8.50 Euro gilt seit einem halben Jahr, und es ist richtig, die bisher gesammelten Erfahrungen zu diskutieren. Deshalb ist der offene Dialog von Beschäftigten, Gewerkschaften, den Kammern und den Arbeitgebern der verschiedenen Branchen sehr zu begrüßen, den die Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Heike Werner (LINKE), initiiert hat.

Deutlich wurde: Das Arbeitsrecht gilt, ebenso das Arbeitszeitgesetz. Arbeitszeitaufzeichnungen sind kein Selbstzweck, sondern sie haben eine Schutzfunktion insbesondere für Arbeitnehmer, aber auch für Arbeitgeber. Die Ausführung der Aufzeichnungen kann delegiert werden, was allerdings den Unternehmer nicht von seiner Verantwortung für die Dokumentation entbindet.

Bernhard Pohlmann vom Hauptzollamt Erfurt erläuterte, dass bisher der Zoll in Thüringen 5.800 Personen befragt und 880 Geschäftsunterlagen geprüft hat. Die Prüfungen erfolgen verdachtsunabhängig und haben bisher keine großen Überraschungen gebracht. Im übrigen gelte AUFKLÄRUNG vor Ahnung, legte die Vertreterin des Bundesministeriums für Finanzen dar.

Als Problem wurde nochmals die Auftraggeberhaftung benannt, die auch für den öffentlichen Bereich gelten sollte. Destruktiv ist es ebenfalls, dass Arbeitgeber die Arbeitszeit in verschiedenen Bereichen absenken und so Vollzeitkräfte zu Teilzeitkräften geworden sind.

Dieser Prozess ist nicht gewollt und muss weiter kritisch beobachtet werden, so wie das Gesamtprojekt der Umsetzung des Mindestlohns insgesamt. Dem wird sich die Fraktion DIE LINKE gerne stellen.

AKTUELL

Russlandsanktionen richten große Schäden an

Anlässlich der aktuellen Zahlen des Landesamtes für Statistik zum Thüringer Außenhandelsvolumen mit der Russischen Föderation, erklärte Dieter Hausold, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

„Seit 2012 sind die Thüringer Exporte nach Russland um 20 Prozent eingebrochen. Noch schlimmer wirkt sich die politische Situation auf die Importe Thüringens aus, wo seit dem Erlass der Sanktionen Rückgänge um mehr als zwei Drittel zu verzeichnen sind.“

Dieter Hausold sieht diese Entwicklung kritisch, da zugleich die politischen Fortschritte im Nachgang der Sanktionen nicht zutage treten:

„Der Konflikt in der Ukraine schwelt unentwegt weiter. Weder das Kämpfen in der Ukraine hat seitdem ein Ende gefunden, noch ist in der Krimfrage irgendein Fortschritt erzielt worden. Deshalb muss die Frage erlaubt sein, ob die Wirtschaftssanktionen sich als das richtige Mittel der Wahl darstellen. Die LINKE hatte von Anbeginn diese Politik kritisiert und stattdessen eine stärkere Einbeziehung Russlands in die Verhandlungen mit dem Ziel eines fairen Interessensausgleichs in der gesamten Region gefordert.“

„Die wirtschaftlichen Sanktionen sind nachweislich zum Nachteil der breiten Bevölkerung in der Russischen Föderation und sie belasten die wirtschaftliche Entwicklung in der EU. Auch die deutlichen Auswirkungen auf Thüringen sind spätestens jetzt offen-

sichtlich. Die Sanktionen haben auf der anderen Seite keinen merklichen Beitrag zu einer politischen Lösung des Ukraine-Konflikts geleistet.“

Während es also der Bevölkerung schlechter geht, sitzen die politischen Eliten Russlands eher fester im Sattel als 2012. Es wäre deshalb dringend geboten, die Auswirkungen der Sanktionspolitik zu überprüfen und diese gegebenenfalls zu beenden“, betonte der LINKE Wirtschaftspolitiker.

Das statistische Landesamt hatte mitgeteilt, dass seit 2009 der Anteil der Importe aus Russland an allen Importen Thüringens von 6,1 Prozent auf 0,8 Prozent im Jahr 2014 gesunken ist. Der Russland-Export sank von 420 Millionen Euro im Jahr 2012 auf 340 Millionen Euro im Jahr 2014.

KURZ UND PRÄGNANT

Massive Bedrohung von Katharina König

Angesichts einer Morddrohung gegen Katharina König hatte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion, erklärt: „Es ist nicht die erste Drohung gegen die Sprecherin unserer Fraktion für Antifaschismus. Sie und ihr Wahlkreisbüro stehen regelmäßig im Fokus der Neonazi-Szene.“ Im Februar habe ein Angeklagter im Verfahren gegen die Ballstädt-Schläger eine Fotomontage verbreitet, in der er der Abgeordneten einen beißenden Kampfhund an den Hals wünschte. Im April verbreitete ein Saalfelder Rocker, der die Abgeordnete bereits im Landtagswahlkampf mit einer Eisenkette bedroht hatte, auf Facebook Drohungen sie.

Noch während der Anreise zum Neonazi-Aufmarsch am 27. Juni in Jena habe der Anmelder beim Kurznachrichtendienst Twitter Gewaltphantasien geäußert, wonach er sich den Einsatz von Phosphorsäure gegen König wünsche. Das Wahlkreisbüro sei immer wieder Ziel von Sachbeschädigungen. Ende 2014 habe es vier Attacken binnen sechs Wochen gegeben. Deutlich werde vor allem die Dringlichkeit der Forderung aus dem Koalitionsvertrag, stärker als bislang gegen jede Erscheinungsform von Neonazismus vorzugehen. Das müsse Projekte zur Stärkung der Demokratie ebenso einschließen, wie ein repressives Vorgehen gegen Neonazi-Organisationen, bis hin zu Verboten. ■

TTIP ist Ausverkauf der Demokratie

Das Europäische Parlament hat die Resolution zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) mit den USA verabschiedet und sich grundsätzlich für den Abschluss ausgesprochen. Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow, kritisiert TTIP als höchst undemokratisch und als „Angriff auf die Rechte von Angestellten, Arbeitern und Verbrauchern“. Sie fordert einen Stopp der Verhandlungen. TTIP sei vor allem ein Instrument für große Konzerne. Diese könnten mit Inkrafttreten des Abkommens Staaten verklagen, wenn sie durch staatliche Regelungen ihre Gewinnerwartungen geschmälert sehen. „Gewinninteressen mächtiger Wirtschaftsakteure werden über die Interessen ganzer Gesellschaften gestellt.“ Bereits durch die geheim und damit völlig intransparent geführten Verhandlungen zu TTIP sei die Demokratie beschädigt worden. Grundlegende demokratische Rechte sowie der Arbeits-, Daten- und Umweltschutz seien in großer Gefahr. ■

Guter Kompromiss bei nichtstaatlichen Schulen

Dem Landtag vorgelegtes Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft stärkt Bildung

Am vorletzten Plenartag vor der Sommerpause hat die rot-rot-grüne Landesregierung das bereits im Vorfeld heiß diskutierte Gesetz zur Finanzierung der 185 nichtstaatlichen Schulen in Thüringen vorgelegt. Sie sollen in diesem Jahr 12,4 Millionen Euro mehr, ein Plus von 9,3 Prozent, erhalten.

Die Einigung hatte die Vorsitzende der Linksfraktion, Susanne Hennig-Wellsow, als einen guten Kompromiss bezeichnet, „der eine deutliche Verbesserung der Situation der Schulen in freier Trägerschaft in Thüringen sichert und dabei nicht außer Acht lässt, dass 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler im Freistaat an staatlichen Schulen lernen“. Schließlich sei es genauso Aufgabe der Landesregierung, auch dort für Verbesserungen zu sorgen.

„Die Einigung zeigt, dass Rot-Rot-Grün in der Lage ist, auch bei schwierigen Themen, bei denen die Standpunkte innerhalb der Koalition weit auseinander liegen, Kompromisse zu erreichen. Dafür ist es eben nötig, dass beide Seiten aufeinander zu gehen. Dies

ist nun erfolgt und darauf setzen wir auch bei künftigen Meinungsunterschieden in der Koalition“, so die Fraktions- und Parteivorsitzende.

„Mit diesem Gesetz geht die rot-rot-grüne Koalition nach dem Bildungsfreistellungsgesetz einen weiteren wichtigen Schritt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bildung in Thüringen“, so der bildungspolitische Sprecher der Fraktion Torsten Wolf.

Planbarkeit für die Träger und Rechtssicherheit

Er erinnerte daran, dass wie beim Bildungsfreistellungsgesetz die vorherige Landesregierung auch an der Frage der Neuregelung der Finanzierungsverhältnisse für die freien Schulen gescheitert war. Die Neuregelung sei nach einem Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom Mai 2014 notwendig geworden, da das bisherige Gesetz der CDU-geführten Landesregierung den verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht genüge. „Der aktuelle Gesetzentwurf entspricht vollkommen den Anforderungen des Landesverfassungsgerichts an die Trans-

parenz und Nachvollziehbarkeit der Berechnung, er schafft Planbarkeit für die Träger und Rechtssicherheit“, so Torsten Wolf. Ein Aufwuchs auf bis 182,4 Millionen Euro im Jahr 2019 sei ein starkes Bekenntnis von Rot-Rot-Grün zur Pluralität des Schulsystems in Thüringen und zu den freien Schulen. „Dies realisiert auf längere Sicht verkräftbare Elternbeiträge und eine gesicherte wirtschaftliche Stellung der Lehrkräfte.“ Um eine zügige Behandlung des Gesetzentwurfs im Landtag zu gewährleisten, soll im Bildungsausschuss bereits Ende August die notwendige Anhörung stattfinden.

In seiner Rede im Landtag am 9. Juli hatte Torsten Wolf übrigens auch darauf verwiesen, dass viele freie Schulträger in den letzten Jahren Eigenbeiträge von ihren Lehrkräften abgefordert haben. „Die Lehrkräfte sind das mitgegangen, und ich denke, es kann nicht Ausdruck dessen sein, was wir wollen, dass eine Lehrkraft, wenn es um gute Bildung geht, um die freie Konzeptwahl, dann auch noch Geld mitbringen muss. Da sind wir auch in der Pflicht und der haben wir uns gestellt.“ ■

Tagung zur Ganztagschule: Alle Kinder optimal fördern

Im Rahmen der Tagung der Landtagsfraktion DIE LINKE zum Thema „Ganztagschule – ein gutes Konzept – aber wie wird es umgesetzt?“ trafen sich am 4. Juli im Erfurter Landtag ca. 40 Vertreter von Kommunen und Landkreisen, Gewerkschaften und Beschäftigten sowie aus der Wissenschaft und Politik, um die Möglichkeiten und Voraussetzungen einer gelingenden Ganztagschule in Thüringen zu diskutieren.

Dr. Andreas Jantowski, Direktor des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (Thillms), fasste eingangs die Ergebnisse der vorliegenden Studien zu den Modellversuchen zur Kommunalisierung von Horten zusammen.

Inklusion und Migration

Er stellte fest, dass die positiven Effekte in kommunalisierten Horten nicht hauptsächlich auf die Trägerschaft zurückzuführen sind, sondern auf das Engagement der vor Ort tätigen Menschen. Insgesamt seien die Eltern wie die Beschäftigten aber mit der Entwicklung der Horten und Grundschulen, egal ob kommunaler oder staatlicher Träger, weitgehend zufrieden.

Die Erfurter Bürgermeisterin, Tamara Thierbach (LINKE), plädierte in ihrem Redebeitrag für eine klare Zieldefinition und bei einer Kommunalisierung für die komplette Kostenübernahme seitens des Landes. Dies gelte für die zu übernehmenden 112 Millionen Euro bei Übertragung der VBL ebenso wie für die Verwaltungskosten.

Die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Thüringen, Kathrin Vitzthum, forderte ein MehrpädagogInnensystem für den Ganztag. Die Anforderungen von Inklusion und Migration machten eine multiprofessionelle Besetzung notwendig. Diese Aufgaben endeten nicht im Unterricht, sondern begleiteten den ganzen Schultag. Entscheidend für die De-

den muss. Alle Erzieherinnen und Erzieher brauchten eine verlässliche Perspektive. Dabei werden, so machte die Staatssekretärin deutlich, die Expertise und Erfahrungen der Gewerkschaften, der Schulträger und der Wissenschaft durch intensive Beratungen mit einbezogen.

Der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Torsten Wolf, fasste zu-



batte um das Modellprojekt sei die Frage, ob in Thüringen die Ganztagschule gewollt ist.

Die Staatssekretärin im Thüringer Bildungsministerium, Gabi Ohler (LINKE), machte deutlich, dass die erreichte Qualität an den Horten erhalten und hinsichtlich der Ausgestaltung der Ganztagschule weiterentwickelt wer-

sammen, dass mit der Tagung der Startschuss für eine gelingende Ganztagschulentwicklung gegeben wurde und stellte fest: „Die Bildungschancen aller Kinder stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Thüringen ist stark darin, mit den Horten und dem längerem gemeinsamen Lernen alle Kinder optimal zu fördern. Das gilt es auszubauen!“ ■

Die Farbenvielfalt mit Rot-Rot-Grün eingeführt

Ministerpräsident Bodo Ramelow beim Jahresempfang der Linksfraktion im Landtag

Viele Gäste aus der Thüringer Politik und Gesellschaft – unter ihnen zahlreiche Mitglieder der rot-rot-grünen Landesregierung sowie in Volksvertretungen, Organisationen, Vereinen und Initiativen engagierte Thüringerinnen und Thüringer – konnte Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow zum Jahresempfang der Fraktion DIE LINKE am 3. Juli im Innenhof des Thüringer Landtags begrüßen.



Sicherlich wären an diesem Nachmittag noch mehr Thüringerinnen und Thüringer der Einladung der Linksfraktion gefolgt, aber die Hitze dieser Sommertage war doch sehr groß und so nahm mancher den Weg nach Erfurt letztendlich nicht auf sich. Die gekommen waren, nutzten die gute Gelegenheit, unter den Sonnenschirmen manch interessantes Gespräch zu führen.

Nach der Begrüßung ergriff Ministerpräsident Bodo Ramelow das Wort. Er erinnerte in seiner engagierten Rede an den langen und schwierigen Weg hin zur ersten Landesregierung von LINKE, SPD und Grünen in der Bundesrepublik, die nicht wenige gern zum Scheitern verurteilt gesehen hätten, die aber statt des Streitigem das Gemeinsame voranstellt und die Herausforderungen für das Land annimmt.

Dazu gehörten die Entwicklung einer Willkommenskultur und eine humane Flüchtlingspolitik, die zugleich die Ängste der Menschen ernst nimmt und abbaut, die Weltoffenheit als eine zentrale Frage betrachtet. Bodo Ramelow betonte auch mit Verweis auf eine immer älter werdende Bevölkerung in Thüringen, dass das Land in den nächsten Jahren eine massive Zuwanderung brauche. Dazu gehöre, „aus Flüchtlingen Neubürger zu machen“, dies „ist unser Auftrag“. Zugleich stünden für Rot-Rot-Grün die Aufgabe der Daseins-



vorsorge – hier mahnte der Ministerpräsident auch für die Zukunft den unverzichtbaren solidarischen Länderfinanzausgleich an – und die soziale Entwicklung im Land ebenso im Mittelpunkt wie der Ausbau von Demokratie und Mitbestimmung. Gerade auf kommunaler Ebene sei die direkte Demokratie angesichts der anstehenden

notwendigen Strukturveränderungen in Thüringen von zentraler Bedeutung.

Bodo Ramelow betonte abschließend: „Wir haben die Farbenvielfalt eingeführt, wir leben Rot-Rot-Grün.“ Denn „bunte Vielfalt ist besser als schwarze Einfalt“.

A. Rudolph

Fotos: Peter Lahn

Blindengeld

„Die von der Koalition beschlossene Änderung des Landesblindengeldgesetzes bringt Rechtssicherheit für die rund 5.000 blinden und sehbehinderten Menschen in Thüringen und damit die Gewissheit, dass Nachteilsausgleiche weiter gezahlt werden“, sagte MdL Karola Stange. Die Abschaffung und die mehrfache Fristverlängerung der gesetzlichen Regelung durch die Vorgängerregierungen hatten zu Unsicherheiten geführt. Mit der künftigen Novellierung des Gesetzes hin zu einem Sinnesbehindertengesetz, einer Erhöhung des Blindengeldes und der Einführung eines Nachteilsausgleiches für gehörlose und taubblinde Menschen werden weitere wichtige Schritte gegangen. ■

TEAG

Zur 25jährigen Erfolgsgeschichte der TEAG hat der energiepolitische Sprecher der Linksfraktion, Steffen Harzer, der Geschäftsführung, den rund 1.600 Mitarbeitern und den kommunalen Anteilseignern der TEAG gratuliert. Er war selbst als damaliger Bürgermeister an der Rekommunalisierung der E.ON Thüringer Energie zur TEAG aktiv beteiligt. Der größte Thüringer Energieversorger entstand im Juli 1990 aus den drei Energiekombinaten der Bezirke Suhl, Erfurt und Gera. „Die Ausschüttung von rund 84 Millionen Euro Dividende an die beteiligten Kommunen zeigt, dass es ein richtiger Schritt war. Die TEAG ist ein starker und engagierter Partner bei der Umsetzung der Energiewende im Freistaat.“ ■

Fördermittel

Nachdem im Koalitionsarbeitskreis Wirtschaft über die anstehende Rückzahlung von 81 Millionen Euro EU-Fördermittel an Thüringen beraten worden war, hatten die wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktionen LINKE, SPD und GRÜNE dem Thüringer Wirtschaftsministerium für sein entschlossenes Handeln gedankt. „Über die weitere Verwendung der Mittel wird noch in der Koalition gemeinsam entschieden. Erst einmal müssen die Mittel Thüringen überhaupt zufließen. Noch ist das Geld nicht da. Es ist allerdings schon irritierend, dass einerseits die CDU sofortige Schuldentilgung fordert, andererseits dasselbe Geld zur Wirtschaftsförderung nutzen will“, sagte Dieter Hausold, DIE LINKE. ■

VON A BIS Z:

Gewerkschaften

Thüringer Gewerkschaften verzeichnen im Zuge der Tarifaussensetzungen einen Mitgliederzuwachs. Dazu Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer merken, dass ihre Interessen in den Gewerkschaften bestens vertreten werden, ist das toll. Jedoch ist ein Schutz durch die Gewerkschaften auch außerhalb von Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen immer sinnvoll. Ob bei Lohnabrechnung, dem korrekten Führen der Arbeitszeitchronik, der Überprüfung arbeitsvertraglicher und auch amtlicher Post und Bescheide: die Gewerkschaften sind die besten Partner bei der Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer und der Beamten.“

Allein in den vergangenen Wochen seien 130 neue Mitglieder bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie 200 Beschäftigte aus dem Bereich der Postdienstleistungen bei ver.di als Mitglieder eingetreten. „Gewerkschaften sind immer nur so stark wie ihre Mitglieder. Umso mehr freut mich, dass die Arbeitnehmervertretungen stark aufgestellt sind und noch stärker werden, denn nur so können sie bei Tarifverhandlungen auch souverän auftreten. Nun gilt es, den Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht in einer Gewerkschaft organisiert sind, die Hand zu reichen und das Wort ‚Solidarität‘ in den Betrieben wieder mit Leben zu füllen. Denn ‚Tarif gibt´s nur aktiv‘, so der Gewerkschaftspolitiker abschließend. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Gegenwärtig befindet sich der Thüringer Landtag in der parlamentarischen Sommerpause. Natürlich geht die Arbeit in der Linksfraktion weiter.

Bis zum Jahresende sind noch folgende Plenarsitzungstermine, jeweils mittwochs 14 Uhr beginnend sowie donnerstags und freitags ab 9.00 Uhr, anberaumt: 9. bis 11. September, 31. September bis 2. Oktober, 4. bis 6. November, 25. bis 27. November sowie 16. bis 18. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer Landtagssitzung bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

KURZ UND PRÄGNANT

Das Asylrecht wird weiter ausgehebelt

„Die Einstufung so genannter sicherer Herkunftsländer hebt das Asylrecht weiter aus“, so Sabine Berninger, Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, nach der Landtagsdebatte am 10. Juli. „Natürlich muss sich die CDU den Vorwurf gefallen lassen, mit der Verwendung derartiger abwertender Begriffe und der Forderung nach einer weiteren Einschränkung des Asylrechts den Nährboden für Rassismus zu bereiten.“ Sabine Berninger wies die Behauptung des CDU-Abgeordneten Wolfgang Fiedler zurück, die CDU Rassisten und Rassisten genannt zu haben. „Wenn Herr Fiedler sich einmal die Mühe machte, wirklich zuzuhören und nicht lediglich auf Reizworte zu reagieren, dann hätte er den von mir tatsächlich gemachten Vorwurf registriert. Nämlich, dass der Leitsatz des Bundesverfassungsgerichtes, ‚Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren‘, bei allen relevanten Gruppen und Institutionen Handlungsmaxime ist, nur nicht bei der Thüringer CDU. Und nicht bei RassistenInnen und RechtspopulistInnen.“

Die LINKE lehne das zynische und menschenverachtende Abschottungsmodell der sogenannten sicheren Herkunftsländer und sogenannter sicherer Drittstaaten ab. Damit werde ein Kernstück des Asylrechts ausgehebelt: die sorgfältige Prüfung des Einzelfalles. ■

Kategorisch gegen Fingerabdruckscanner

Zu der vom Landesdatenschutzbeauftragten Lutz Hasse gerügten Verwendung von Fingerabdruckscannern durch einzelne Catering-Firmen beim Schulessen erklärte der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion Torsten Wolf: „Die Verwendung solcher Scanner kann aus Gründen des Schutzes der Persönlichkeitsrechte der betreffenden Schüler nicht in Frage kommen, auch und gerade wenn zur Identifizierung der Schüler gleichzeitig andere Systeme, wie eine Chip-Card, verwendet werden. Schutz der Persönlichkeitsrechte und Datenschutz gehen über die Interessen eines Catering-Unternehmens. Sollten solche biometrischen Daten verwendet werden, kann das für das spätere Leben der betreffenden Schüler sehr negative Folgen haben. Und dieses Risiko ist auszuschließen.“ Die Kritik des Datenschutzbeauftragten sei völlig begründet. Die LINKE lehne die Sammlung der biometrischen Daten von Schülern kategorisch ab. ■

Solidarische Gemeinschaftsarbeit fördern

Internationaler Genossenschaftstag: Hilfe zur Selbsthilfe gemeinsam organisieren

Am 4. Juli fand der Internationale Genossenschaftstag statt. Aus diesem Anlass hatte die arbeitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Ina Leukefeld, die Bedeutung der Genossenschaften für zukünftige gemeinschaftliche Arbeitsformen hervorgehoben:

„Der von den Vereinten Nationen 1992 ins Leben gerufene Internationale Tag der Genossenschaften findet alljährlich am ersten Samstag im Juli statt. Er soll dazu beitragen, den Genossenschaftsgedanken stärker ins Bewusstsein der Menschen zu rücken. Genossenschaften verkörpern alternative, solidarische Wirtschaftsformen und tragen dazu bei, Hilfe zur Selbsthilfe gemeinsam zu organisieren. Unsere Fraktion setzt sich seit Langem für ihre Stärkung in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ein.“

Eine Reihe von Veranstaltungen und parlamentarischen Initiativen sind von der Linksfraktion im Landtag ausgegangen und werden auch künftig auf

der Tagesordnung stehen. Zudem haben im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag Belange von Genossenschaften z.B. insofern Eingang gefunden, dass „Genossenschaften und andere Formen des solidarischen Wirtschaftens stärker an öffentlichen Förderprogrammen partizipieren sollten“.

Gründerwoche im Herbst

Kürzlich haben ein Erfahrungsaustausch zwischen Fraktionsmitgliedern und Vertretern des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. im Thüringer Landtag sowie ein Gespräch mit Dr. Klaus Sühl, Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, wichtige Impulse gegeben.

Auch ein gemeinsamer Besuch im Thüringer Zentrum für Existenzgründer und Unternehmertum (ThEX) sei für einen Meinungsaustausch darüber genutzt worden, wie die Beratung und Begleitung von Gründern auch unter dem Aspekt „Gründen in Gruppen“ in verschiedenen Bereichen ermöglicht und

verstetigt werden kann. Erfahrungen zeigten, dass das Gründen von Genossenschaften nicht selten langwierige Überzeugungsarbeit erfordere, weil die Vorteile dieser Wirtschafts- und Rechtsform noch zu wenig bekannt seien.

„Auch deshalb haben wir die Einladung der ThEX-Vertreter gern angenommen, eine ‚Gründerwoche‘ im Herbst dieses Jahres mitgestalten zu können. Denn wir sind davon überzeugt, dass auch in Zukunft gemeinschaftliche Arbeitsformen dazu beitragen, die großen Herausforderungen eines sozial-ökologischen Umbaus im Interesse der Thüringer Bevölkerung zu meistern“, betonte Ina Leukefeld.

Der Schwerpunkt des Internationalen Genossenschaftstages lag in diesem Jahr auf dem Thema „Genossenschaften wählen, heißt Gleichheit wählen“. „Gleichheit und Fairness“ bedeuten konkret: gleiches Wahlrecht für alle Mitglieder, den Zugang zu allen Produkten und Dienstleistungen der Kooperative sowie gerechte Verteilung der Gewinne. ■

„Pacemakers“ am Landtag: Für weltweites Atomwaffen-Verbot

Etwa 60 Fahrradfahrer der Rad-Demo Pacemakers Berlin Tour haben am 3. Juli und bei großer Hitze in Erfurt vor dem Landtag auf ihrer Tour von Heilbronn nach Berlin Station gemacht.

Anliegen der Fahrt ist die Forderung nach einem weltweiten Verbot aller Atomwaffen. Vor dem Landtag begrüßten die Vorsitzende der Linksfraktion, Susanne Hennig-Wellsow, sowie weitere Abgeordnete die Teilnehmer: „Krieg ist bis heute leider für Millionen Menschen schrecklicher Alltag. Es wird Zeit, dass die Forderungen nach Abrüstung, Ächtung von Massenvernichtungswaffen und einem Ende der Kriege weltweit wieder lauter werden und Gehör in der Politik finden. Ich freue mich, dass es Initiativen wie die Pacemaker-Tour gibt!“

Im August 70. Jahrestag der Atombombenabwürfe

Susanne Hennig-Wellsow wies zudem darauf hin, dass DIE LINKE Thüringen jüngst die „Helaba – Landesbank Hessen-Thüringen“ aufgefordert hatte, auf Investitionen in Rüstungsgeschäfte zu verzichten. Laut einer Studie von „Pax Christi“ und der „International campaign to abolish nuclear weapons“ sei die Bank an entsprechenden Geschäften beteiligt. Hennig-Wellsow fordert von der Bank weitere Aufklärung darüber. Bisher sei die Bank eine verbindliche Aussage schuldig geblieben. Sie kündigte an, dass die mögliche Beteiligung der Bank, an der sowohl der Freistaat Thüringen als auch das Land

Hessen Anteile halten, in Kürze Thema auch im hessischen Landtag werde.

Die zweite Pacemakers BerlinTour führte über 632 km zum Auswärtigen Amt und zum Kanzleramt. Nach der erfolgreichen Erstaufgabe im vergangenen Jahr verlief die Route dieses Jahr von Heilbronn über Bad Mergentheim, Würzburg, Bad Neustadt an der Saale, Suhl, Erfurt, Jena, Naumburg, Weißenfels, Leipzig, Wittenberg, Potsdam nach Berlin.



Im August 2015 jähren sich die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki zum 70. Mal. „Die Welt steht heute noch immer am Rande eines atomaren Infernos. Die Weltuntergangsuhr wurde deshalb am 22. Januar 2015 auf 3 Minuten vor 12 vorgestellt. Weltweit gibt es nach wie vor etwa 16.000 Atomwaffen, von denen um die 2.000 ständig in höchster Alarmbereit-

schaft gehalten werden“, sagte Roland Blach, Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Baden-Württemberg und Koordinator der Pacemakers. Die meisten dieser Waffen haben ein weitaus größeres Zerstörungspotential als jene Atomwaffen, die 1945 hunderte Tausend Menschen qualvoll zugrunde gehen ließen. 159 Staaten haben aktuell in einer UN-Erklärung den Einsatz von

Atomwaffen „unter allen Umständen“ geächtet. Nur ein umfassender völkerrechtlicher Vertrag zur Abschaffung aller Atomwaffen hilft, weiteres Leid zu vermeiden. „Dieses Verbot wird bei der derzeit stattfindenden Überprüfungs-konferenz zum Nichtverbreitungsvertrag in New York von vielen Staaten und NGO's eindringlich gefordert“, so Blach. www.pace-makers.de ■

DAS THEMA

Senioren wollen mitbestimmen

„Älter werden – aktiv bleiben – Seniorenmitwirkung in Thüringen“, so lautete das Thema der Seniorenkonferenz, die am 25. Juni auf Einladung der Fraktion DIE LINKE und der Senioren-AG der Landespartei im Landtag stattfand. Wie notwendig es ist, die Debatte zu führen, mit alten Klischees aufzuräumen und gemeinsam ein modernes Seniorenbild für Thüringen zu entwickeln, erläuterte eingangs Margit Jung, familienpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Sie dankte all denen, die sich bisher für dieses Thema stark gemacht haben.

Bereits mit den Grußworten der Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow wurde deutlich, dass das

LINKE Landesseniorenkonferenz mit großer Resonanz

stätigten auch mehrere Vertreterinnen und Vertreter von kommunalen Seniorenbeiräten aus verschiedenen Regionen Thüringens in ihren Redebeiträgen.

Dr. Steinhaußen plädierte zudem dafür, dass der Landesseniorenrat mehr in anderen Landesgremien, wie z.B. dem Landespflegeausschuss, präsent sein könnte und somit die Forderungen der Thüringer Senioreninnen und Senioren in diesen Gremien besser eingebracht werden könnten. In der anschließenden Diskussion mit den Ver-

tretungen der aktiven Seniorinnen und Senioren in den einzelnen Regionen keine „Alibivereine“ sind, auch weiterhin gebraucht werden und „einen langen Atem“ haben müssen. Er sicherte zu, dass die Ergebnisse der Debatte in die Novelle des Seniorenmitwirkungsgesetzes einfließen werden.

Landesseniorenrat soll Landesregierung beraten

Im Ergebnis der Seniorenkonferenz werde geprüft, ob diese Vertretungen



Staatssekretärin Ines Feierabend vom Thüringer Sozialministerium bei ihren Ausführungen (Foto links) sowie der Vorsitzende der Landes-Senioren-AG der Partei DIE LINKE, Wolfgang Albold (Foto rechts).



Thema weit mehr beinhaltet als die notwendige Debatte hin zu einem veränderten Bild von Alter und Älterwerden. Die LINKE wird auch künftig bessere Bedingungen in der Pflege, beim barrierefreien Wohnen und für ein würdevolles Altern Zuhause einfordern und sich der großen Herausforderung dieser Aufgaben stellen.

Staatssekretärin Ines Feierabend (LINKE) vom Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie teilte mit, sie sei offen für neue Vorschläge und für eine Prüfung der gesetzlichen Überarbeitung des Seniorenmitwirkungsgesetzes, welches seit 2012 für Thüringen gilt. Sie wies darauf hin, dass das Land die hauptamtliche Geschäftsstelle der Landesseniorenvertretung fördert, die wiederum die kommunalen Seniorenbeiräte unterstützt.

treterinnen und Vertretern der kommunalen Seniorenbeiräte und -vertretungen wurde deutlich, dass die Umsetzung des Seniorenmitwirkungsgesetzes unterschiedlich gut in den Regionen erfolgt.

Vertretungen der Senioren sind „keine Alibivereine“

Derzeit gibt es in Thüringen 40 Seniorenbeiräte und -vertretungen. Nach der Verabschiedung des Gesetzes

in den Kommunen flächendeckend etabliert werden durch eine verbindliche Vorschrift, sodass die Mitsprache von Seniorinnen und Senioren auch in Fragen der Stadtentwicklung, der Verkehrs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik sichergestellt wird.

Ziel ist es, aus dem Seniorenmitwirkungsgesetz ein Seniorenmitbestimmungsgesetz zu entwickeln, um die kommunalen Strukturen zu stärken und um eine wirkliche Teilhabe von Seniorinnen und Senioren zu ermögli-



2012 kamen nur zwei Neugründungen im Landkreis Sömmerda und im Eichfeldkreis dazu. Das Gesetz hatte folglich keine expandierende Wirkung. Andererseits haben die kommunalen Seniorenbeiräte und -vertretungen durch die neuen rechtlichen Regelungen nun auch neue Satzungen, können Fördermittel vom Land beantragen und ihre Rechte sind festgeschrieben.

Wolfgang Albold, Vorsitzender der LAG Senioren der LINKEN in Thüringen, machte deutlich, dass die Vertre-

chen. Die LINKE-Landtagsfraktion möchte den Landesseniorenrat stärken, damit dieser zum einen den stetigen Austausch zwischen Seniorenorganisationen und Politik gewährleisten, sich aber zum anderen auch zu einem Beratungsinstrument der Landesregierung weiterentwickeln kann.

Cordula Eger
Wiss. Mitarbeiterin der Fraktion für
Soziales, Gesundheit und Arbeit

Bündnis fordert Ostrenten-Angleichung

„Jetzt ist es an der Zeit, den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Fahrplan für eine vollständige Angleichung der Rentenwerte endlich umzusetzen. Ein Gesetzgebungsverfahren muss vor der nächsten Bundestagswahl erfolgen.“ Mit dieser Forderung betonte das Bündnis für eine gerechte Rentenangleichung in den neuen Bundesländern auf seinem Ostrenten-Gipfel im Juni die Dringlichkeit einer politischen Lösung zur vollständigen Angleichung des Rentenwerts Ost an den der alten Länder. Der Gipfel stand unter der Überschrift „25 Jahre deutsche Einheit: Renteneinheit überfällig!“

Viele Alleinstehende im Seniorenalter

463.000 Thüringer sind alleinstehend. Das war nach Mitteilung des Landesamtes für Statistik mehr als jeder Fünfte (21,5 Prozent) der rund 2,2 Millionen Einwohner Thüringens. Die Anzahl stieg im vergangenen Jahr um 7.000 bzw. zwei Prozent. Mit 37 Prozent war der Anteil der Alleinstehenden im Alter ab 65 Jahren besonders hoch. Von den insgesamt 170.000 Alleinstehenden im Seniorenalter von 65 und mehr Jahren entfielen 133.000 bzw. 78 Prozent auf Frauen. Fast drei Viertel der alleinstehenden Seniorinnen waren verwitwet. 13.000 ältere Thüringer lebten mit anderen Personen in einem Mehr-Personenhaushalt zusammen. Von den 169.000 alleinstehenden Senioren mussten 64 Prozent mit weniger als 1.300 Euro auskommen.

Lebenserwartung leicht gestiegen

Nach neuester Statistik liegt in Thüringen die Lebenserwartung eines neugeborenen Jungen bei 76,8 Jahren und die eines Mädchens bei 82,6 Jahren. Das sind im Vergleich zum Ende der 90er Jahre 3,3 bzw. 2,5 Jahre mehr und zum Zeitraum 1988/1990 sogar 6,9 bzw. 6,6 Jahre mehr. Im Vergleich zum gesamtdeutschen Durchschnitt ist sie bei neugeborenen Jungen noch 0,9 Jahre niedriger und bei Mädchen 0,2 Jahre. Auch bei älteren Thüringern ist ein Anstieg der Lebenserwartung zu beobachten. Wer als Mann heute mit 65 Jahren in Rente geht, hat rein rechnerisch noch 17 Jahre vor sich. Frauen können mit 20,3 Jahren rechnen. Das sind 4,3 bzw. 4,7 Jahre mehr als 1988/1990. Auch die hochaltrigen Menschen können, einmal das Alter von 80 Jahren erreicht, durchschnittlich noch auf weitere 7,4 Jahre bei Männern bzw. 8,8 Jahre bei Frauen hoffen.

Unterstützung für Selbsthilfe

Selbsthilfegruppen-Treffen in Eisenach unter dem Dach der Deutschen Herzstiftung

Die Resonanz auf die Einladung zum Erfahrungsaustausch der Selbsthilfegruppen, der kürzlich im Sankt Georg Klinikum in Eisenach stattfand, war hervorragend: Günter Schleder, Vorsitzender der Selbsthilfegruppe (SHG) „Herz“ in Eisenach, ehrenamtlicher Beauftragter der Deutschen Herzstiftung für die Wartburgregion und selbst Herz-Kreislauf-Patient, konnte Vertreter von Selbsthilfegruppen unter anderem aus Rostock, Jena, Dresden, Berlin, Arnstadt und Rotenburg (Fulda), fast alle im Seniorenalter und selbst betroffene Patienten, begrüßen.

Gern mit dabei auch Werner Uthe aus Heyerode (Unstrut-Hainich-Kreis), Mitglied der Bundesversammlung „diabetesDE – Deutsche Diabetes Hilfe“ und Vorsitzender der SHG „Diabetes“ Eisenach. Er machte ebenso wie Günter Schleder klar, wie wichtig der Austausch zwischen Herz-Kreislauf- und Diabetes-Selbsthilfegruppen ist. Denn viele Herz-Kreislauf-Patienten sind auch Diabetiker, oder aber Diabetes ist oft die Ursache von Herzinsuffizienz und Kreislaufproblemen.

Das GKE ist mit nunmehr über 800 Mitarbeitern zum drittgrößten Arbeitgeber Eisenachs gewachsen – nach Opel und Bosch. Zu Geschichte, Tradition, Leitbild und Leistungsangebot des Klinikums informierte Isa Berndt, zuständig für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des GKE.

Es ist geradezu ein Segen, dass hier sogleich Selbsthilfegruppen mit dem Sankt

Georg Klinikum einen zuverlässigen Partner haben, der zum Beispiel auch ein Domizil zur Verfügung stellt; von allen Seiten gab's Lob für die vorbildliche Zusammenarbeit und Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch die Kooperation mit Ärzten und Einrichtungen laufe in Eisenach recht gut – dank des rührigen Engagements von Günter Schleder und seiner Mit-



streiter und der offenen Ohren vieler hiesiger Mediziner.

In anderen Städten läuft es offensichtlich nicht so gut, wie aus den Berichten der einzelnen Gruppenvertreter hervorging. Zum Beispiel Rostock: Dort wurde die Selbsthilfegruppe behördlicherseits oder von Privatvermietern binnen kurzer Zeit dreimal aus ihrem Domizil geworfen und wie es weitergehen soll, weiß dort niemand so genau. Bleibt nur zu hoffen, dass die Rostocker in Bälde wenigstens eine dauerhafte Bleibe finden, die auch be-

zahlbar ist. Auch in Berlin, Jena oder Dresden könnte vieles besser laufen, wenn der Wille bei den potentiellen Partner-Einrichtungen vorhanden wäre. Rotenburg sei noch recht gut aufgestellt, doch nur in Bad Salzungen laufe es zwischen Klinikum und Selbsthilfegruppen ähnlich optimal wie in Eisenach, wie Heidrun Inder, Leiterin des Gesundheitsinformations-Zentrums im

Klinikum Bad Salzungen und dort Beauftragte für Selbsthilfegruppen, ausführlich darstellte.

Bleibt dazu noch anzumerken, dass dieser wertvolle Erfahrungsaustausch auch in den kommenden Jahren regelmäßig fortgesetzt werden soll und die Gruppen untereinander weiterhin gute Kontakte pflegen wollen.

Zum besonderen Höhepunkt des Tages über-

gab Landtagsabgeordnete Kati Engel (DIE LINKE) im Auftrag der „Alternative 54 Erfurt e.V.“ eine Spende an die Eisenacher Selbsthilfegruppe „Herz“. Die „Alternative 54“ ist eine Initiative von Volksvertretern der Partei DIE LINKE, die soziale Projekte aus einem Fonds der von den Abgeordneten selbst nicht beanspruchten Diätenerhöhungen finanziell fördert. Bisher hat sie bereits mehr als eine Million Euro an Bedürftige ausgereicht – Respekt!

Text und Foto: K. Fink

Potenzial des Wassertourismus in Thüringen ausbauen

In der letzten Plenarsitzung vor den Sommerferien hat sich der Thüringer Landtag auch mit dem Wassertourismus in Thüringen beschäftigt und mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen einen Antrag zur Stärkung dieses Tourismussegments beschlossen.

Dazu erklärte Knut Korschewsky, tourismuspolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Thüringen kann und muss das vorhandene Potenzial im Bereich Wassertourismus ausbauen, auch um weitere Schritte für einen ganzheitlichen Thüringen-Tourismus zu gehen.“ Der Abgeordnete begrüßte insbesondere die beschlossene Verzahnung mit weiteren touristischen Segmenten, wie dem Kultur- und Wandertourismus. Dabei würden auch die ökologische Nachhaltigkeit und der Gewässerschutz eine besondere Beachtung finden.

„Ganzheitlicher Tourismus bedeutet, nachhaltige und qualitativ hochwertige Strukturen zu schaffen, die zugleich unsere Natur- und Kulturlandschaft in Thüringen erhalten und stärken. Dafür setzt sich unsere Koalition ein, und wir legen großen Wert darauf, in ganz Thüringen die wirtschaftlichen Möglichkei-



ten des Tourismus fruchtbar zu machen. Mit der neuen Landestourismus-konzeption werden wir ab 2016 die Wachstumsbereiche des Thüringen-Tourismus noch besser verzahnen und damit auch den Aufbauthemen wie etwa dem Wassertourismus neue Impulse geben“, erläuterte Knut Korschewsky.

Gemäß der Studie „Wassertourismus in Thüringen“ verfügt der Freistaat mit 375 erschlossenen Flusskilometern sowie 172 Talsperren und Rückhaltebecken durchaus über ein erhebli-

ches touristisches Potenzial. Die Saalekaskaden mit Bleichloch- und Hohenwartalsperre sind das größte Talsperrensystem Deutschlands. Der Anteil der Wasserfläche an der Gesamtfläche Thüringens beträgt 1,2 Prozent. Rund 60.000 Urlauber und Einheimische treiben nach Schätzungen der BTE Tourismus- und Regionalberatung jährlich in Thüringen Wassersport. Allein die Werra bietet auf mehr als 200 Kilometern Wasserwanderern per Kanu und Floß gute Bedingungen. Im Saale-Gebiet sind es 110, auf der Unstrut 60 Kilometer.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

CDU-Kohle-Kommunist?

Im Stadtrat Blankenhain hatte kürzlich die CDU, wie in anderen Kommunen, einen Antrag gegen Windkraftanlagen eingebracht. Hoch emotional, teils demagogisch, argumentativ dürrig: wir wollen das hier nicht! Drei Stadtratsmitglieder, darunter ich, versuchten per Änderungsantrag die Debatte zu versachlichen, jedoch ohne Chance – der CDU-Antrag wurde mit großer Mehrheit beschlossen.

In der Thüringer Allgemeinen (TA) Weimar durfte sich trotzdem am 27.6. Alf Schmutzler aus dem Ortsteil Lotschen, vorgestellt als „CDU-Stadtrat und Ortsbürgermeister“, im Interview ordentlich über Windkraftnutzung, den Änderungsantrag, die Landesregierung und mich auskotzen. Meine zwei Tage später an die TA Weimar gerichtete Bitte, im Blatt angemessene Stellung nehmen zu können (mein Name wurde im Interview fünfmal genannt), blieb unbeantwortet.

Nun ist Alf Schmutzler im Kontext des Themas noch etwas: Mitarbeiter eines Kohlekraftwerkes nämlich, also Lobbyist. Wenn er die Windkraftnutzung attackiert, geht er gegen seine direkte wirtschaftliche Konkurrenz vor. Diese wichtige Information wurde den Leserinnen und Lesern der TA Weimar verschwiegen – keine journalistische Glanzleistung! Geradezu witzig: CDU-Schmutzler wettet im Interview gegen den „Öko-Kapitalismus“, den die rot-rot-grüne Landesregierung angeblich „ungeniert fördert“. Mir muss entgangen sein, dass sich womöglich eine kommunistische Plattform der CDU Blankenhain gegründet hat.

Alle fast 750 Windräder in Thüringen wurden errichtet, während die CDU regierte. In der Opposition macht sie plötzlich eine Kehrtwendung. Das ist unglaublich, auch wenn lokale Handlanger wie Alf Schmutzler, so eine Art getarnter CDU-Kohle-Kommunist aus Lotschen, heftig am Rad drehen.